

DIE INTEGRATION VON ZUWANDERERN IN DEUTSCHLAND:
ASPEKTE DER POLITIK UND DES ARBEITSMARKTES

Barbara Dietz

SOME PERSPECTIVES ON CURRENCY RELATIONS BETWEEN
EMU AND CENTRAL AND EAST EUROPEAN EU ACCESSION
COUNTRIES

Richard Frensch

forost Arbeitspapier Nr. 2
Januar 2002



VORWORT

Wir freuen uns; Ihnen mit diesem zweiten Heft des Forschungsverbundes FOROST die ersten Arbeiten, die im Rahmen des Verbunds entstanden sind, vorstellen zu können. Es handelt sich um zwei Beiträge, die in der Forschungsgruppe I (*TRANSFORMATION VOR DEM HINTERGRUND DER OSTERWEITERUNG DER EU*) erarbeitet wurden. Sie beschäftigen sich mit Fragen der Integration von Zuwanderern in Deutschland und den Währungsbeziehungen zwischen dem europäischen Währungsraum und den Beitrittskandidaten.

Die Studie von Barbara Dietz, die im Rahmen des Projekts *NEUE MIGRATION AUS OSTEUROPA UND DEN NACHFOLGESTAATEN DER UDSSR NACH DEUTSCHLAND: URSACHEN, TENDENZEN UND KONSEQUENZEN* entstanden ist, untersucht die Frage, wieweit und in welcher Form verschiedene nach Deutschland gekommene Zuwanderungsgruppen in den Arbeitsmarkt integriert worden sind. Besonderes Augenmerk wird auf die Situation der Arbeitsmigranten aus den früheren Anwerbeländern sowie den Aussiedlern aus Ostmittel- und Osteuropa gelegt. Als Ergebnis dieser Studie, die zunächst die Voraussetzungen der beiden Immigrantengruppen für die Integration darstellt und dann ihre Stellung im Arbeitsmarkt untersucht, kann u. a. festgehalten werden, dass beide Gruppen stärker in Niedriglohngruppen beschäftigt sind als Einheimische, obwohl keine direkten Diskriminierungen festgestellt werden konnten. Neben den Erkenntnissen über die bisherigen Erfolge und Defizite bei der Integration von Immigranten stellt die Arbeit auch eine gute Grundlage für Überlegungen über die zukünftige Gestaltung von Integrationsinstrumenten im Rahmen der Osterweiterung der EU dar. Die Analyse wurde bei der Jahrestagung der Arbeitsgemeinschaft der Wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitute 2001 in Berlin vorgestellt.

Der Beitrag von Richard Frensch, der im Forschungsprojekt Perspektiven der Währungsbeziehungen zwischen der Europäischen Währungsunion (EWU) und den Mittel- und Osteuropäischen EU-Beitrittskandidaten erarbeitet wurde, befasst sich direkt mit den Problemen der EU-Erweiterung im Bereich der Währungsbeziehungen. Die untersuchten Fragen werden erheblichen Einfluss auf die Faktorwanderung in einer erweiterten EU haben und stehen damit in unmittelbarem Zusammenhang auch mit den Fragen der Migration, die Frau Dietz untersucht. Herr Frensch analysiert in seinem Beitrag, der in *Economic Systems* veröffentlicht wurde, die Frage nach dem optimalen Zeitraum des Beitritts der EU-Aufnahmeländer in das Europäische Währungssystem, der nicht zeitgleich mit dem EU-Beitritt erfolgen muss und wird. Des weiteren untersucht er die Frage nach dem für die Übergangszeit optimalen Wechselkurssystem und führt in mehrere Beiträge zu diesem Thema ein, die im gleichen Heft von *Economic Systems* erschienen sind.

München, Januar 2002



INHALT

DIE INTEGRATION VON ZUWANDERERN IN DEUTSCHLAND: ASPEKTE DER POLITIK UND DES ARBEITSMARKTES

Barbara Dietz

1.	EINLEITUNG.....	7
2.	ZUWANDERUNG UND INTEGRATION: DIE ROLLE DER POLITIK	8
3.	ARBEITSMARKTINTEGRATION, STATUS UND HERKUNFTSLANDSPEZIFIK: EMPIRISCHE BEFUNDE	11
	Die Arbeitsmarktintegration von Ausländern.....	12
	Einkommensposition und soziale Integration	15
	Arbeitslosigkeit und ihre Ursachen	18
	Die Arbeitsmarktintegration von Aussiedlern	21
	Einkommenssituation und soziale Integration	21
	Arbeitsplatzsuche und Arbeitslosigkeit.....	22
4.	AUSBLICK: RISIKEN UND CHANCEN DER INTEGRATION.....	24
	Literatur.....	26

SOME PERSPECTIVES ON CURRENCY RELATIONS BETWEEN EMU AND CENTRAL AND EAST EUROPEAN EU ACCESSION COUNTRIES*

Richard Frensch

* Reprinted from ECONOMIC SYSTEMS, Vol 25, No 3, 2001, pp 175-181, R. Frensch: „Some Perspectives on Currency Relations Between EMU and Central and East European EU Accession Countries”, Copyright 2001, with permission from Elsevier Science.

Die Integration von Zuwanderern in Deutschland: Aspekte der Politik und des Arbeitsmarktes

Barbara Dietz *

ABSTRACT

The Integration of Immigrants in Germany: Policy and Labor Market Aspects

Since the end of World War II, Germany has been one of the most important immigrant countries in Western Europe. As a result of ongoing immigration 7.3 million foreigners were residing in Germany in the year 2000. In addition 2.4 million ethnic Germans have immigrated since 1990. This paper analyses the integration of immigrants into the German labor market, focusing mainly on labor migrants from former recruitment countries and on ethnic Germans, who moved to Germany since the middle of the eighties. After reviewing immigration policies and the modes of incorporation, empirical findings of the labor market integration of these two immigrant groups will be presented. The empirical studies show that – although no serious income discrimination could be identified – foreign workers and ethnic Germans are occupied to a higher degree in low qualified professions and their unemployment rates are remarkably above those of natives.

JEL Classification: F22, J61

Keywords: Immigration, labor market assimilation of immigrants

1. EINLEITUNG

Die Arbeitsmarktintegration von Zuwanderern ist in Deutschland ein umstrittenes, wirtschafts- und gesellschaftspolitisch aber vordringliches Thema. Dies ergibt sich unmittelbar aus der Tatsache, dass Deutschland seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges eine beträchtliche Zuwanderung zu verzeichnen hat und dass es auch künftig als eines der bevorzugten Zuzugsländer in Europa gilt.

Ein Blick auf das (west)deutsche Migrationsgeschehen zeigt die Dimension und Vielschichtigkeit der Zuwanderung auf (*Schmidt/Zimmermann 1992; Bade 1994; Rotte 2000*). Direkt nach dem Krieg (1945-1950) kamen 12 Millionen Flüchtlinge und Vertriebene aus Osteuropa und der Sowjetunion nach Deutschland, 8 Millionen davon ließen sich im Westen nieder. Sie fanden als deutsche Staatsbürger Aufnahme, ebenso wie die von Ost- nach Westdeutschland gezogenen Übersiedler und die nach dem Ende von

* Mit Genehmigung des Verlages abgedruckt aus dem Beiheft Nr. 52 (2001) der Zeitschrift Konjunkturpolitik. Der Aufsatz entstand im Rahmen des Forschungsvorhabens 'Neue Migrationen aus Osteuropa und der vormaligen Sowjetunion', das dankenswerterweise durch den Forschungsverbund Ost- und Südosteuropa (forost) unterstützt wird.

Flucht und Vertreibung aus Osteuropa und der (vormaligen) Sowjetunion zugezogenen Aussiedler. Als Arbeitskräfteknappheit zu Beginn der fünfziger Jahre zur aktiven Anwerbung von ausländischen Arbeitnehmern führte, wurden diese in den meisten Fällen nach einem Rotationssystem angestellt, um längerfristige Immigration zu vermeiden. Eine dauerhafte Integration der Arbeitsmigranten in Wirtschaft und Gesellschaft war nicht vorgesehen. Die Rezession in Folge des Ölpreisschocks gab den Ausschlag für einen Anwerbestop im Jahre 1973. Dennoch nahm die ausländische Bevölkerung aufgrund des Nachzugs von Familienangehörigen, des natürlichen Bevölkerungswachstums und der Aufnahme von Flüchtlingen und Asylbewerbern weiter zu. Nach einer Phase vergleichsweise geringer Migration zwischen 1974 und 1987 stieg die Zuwanderung nach Deutschland gegen Ende der achtziger Jahre erneut deutlich an. Ausgelöst wurde das Wanderungsgeschehen im Wesentlichen durch die politische Öffnung Osteuropas und den Zerfall der Sowjetunion sowie durch die kriegerischen Konflikte im vormaligen Jugoslawien und ethnische Verfolgungen in verschiedenen Teilen der Welt. Die Immigration der neunziger Jahre wird im wesentlichen von Aussiedlern aus Osteuropa und der vormaligen Sowjetunion, Asylbewerbern und (Bürgerkriegs)Flüchtlingen getragen. In vergleichsweise geringem Maße sind daran auch Arbeitsmigranten aus Osteuropa beteiligt, die im Rahmen vertraglich geregelter Beziehungen in Deutschland eine Beschäftigung aufnehmen. Ein neuer Aspekt der Immigration kommt durch die sogenannte Green Card Regelung ins Spiel. Ab August 2000 können Computerexperten nach Deutschland zuwandern, die als hochspezialisierte Arbeitnehmer mindestens 100 Tsd. DM im Jahr verdienen müssen und die für höchstens 5 Jahre in Deutschland tätig sein dürfen.

Als Folge vielschichtiger Wanderungsbewegungen lebten in Deutschland zu Beginn des Jahres 1999 ca. 7,3 Millionen Ausländer, nahezu ein Drittel (29%) davon länger als 20 Jahre. Es ist davon auszugehen, dass ein großer Teil der Ausländer in Deutschland nicht mehr die Absicht hat, in ihre Herkunftsländer zurückzukehren. Zwischen 1950 und 2000 sind zudem etwas mehr als 4,1 Millionen Aussiedler eingewandert, allein 2,1 Millionen seit 1990. Mit Blick auf diese mittlerweile beachtliche Bevölkerungsgruppe mit Migrationshintergrund wird im folgenden die Arbeitsmarktintegration der Zuwanderer beleuchtet – hier im Wesentlichen beschränkt auf Immigranten aus den vormaligen Anwerbeländern und auf Aussiedler, die seit Mitte der achtziger Jahre nach Deutschland kamen. Besonderes Interesse gilt den herkunftslandspezifischen Charakteristika bei der Integration. Die Untersuchung berücksichtigt dabei im zweiten Abschnitt die durch die Politik vorgegebenen Rahmenbedingungen der Zuwanderung und Integration. Der dritte Teil beschäftigt sich mit empirischen Befunden zur Arbeitsmarktintegration der Zuwanderer. Ziel ist es, die Einflussfaktoren auf die Arbeitsmarktintegration anhand vorliegender Studien zu benennen und ihre Auswirkungen zu bewerten. Abschließend stehen die Risiken und Chancen der Integration zur Diskussion.

2. ZUWANDERUNG UND INTEGRATION: DIE ROLLE DER POLITIK

Die Zuwanderung nach Deutschland wird von gesetzlichen Regelungen gesteuert, die Aufenthalt und Status unterschiedlicher Immigrantengruppen definieren (Aussiedler, Arbeitsmigranten, deren Familienangehörige, Flüchtlinge und Asylbewerber).

Die Aufnahme von Aussiedlern basiert auf einer grundgesetzlichen Garantie (*Grundgesetz, Artikel 116*), die Angehörigen der deutschen Minderheit in Osteuropa und der (vormaligen) Sowjetunion das Recht auf die Zuwanderung und die Einbürgerung in Deutschland einräumt.¹ Bis zum Beginn der neunziger Jahre kamen die meisten Aussiedler aus Polen und Rumänien, seither reist die Mehrheit aus der vormaligen Sowjetunion ein (*siehe Abb. 1*)

Andere Vorzeichen gelten dagegen bei der Immigration von Ausländern, die als Arbeitsmigranten, im Rahmen des Familiennachzugs oder als Asylbewerber bzw. Flüchtlinge nach Deutschland kommen. Ihre Immigration bzw. Aufnahme wird durch ausländerrechtliche Bestimmungen, durch zwischenstaatliche Vereinbarungen und im Falle von Asylbewerbern durch das Grundgesetz geregelt (*siehe Abb. 2*)

Seit 1968 genießen Zuwanderer aus EU-Staaten Freizügigkeit, wenn ihr Lebensunterhalt gesichert ist (für Griechenland gilt dies seit 1987, für Spanien und Portugal seit 1992). Immigranten aus nicht EU-Staaten benötigen dagegen eine aufenthaltsrechtliche Genehmigung und sie können in Deutschland nur dann eine Beschäftigung aufnehmen, wenn sie eine Arbeitserlaubnis besitzen. Die unterschiedliche Rechtsgrundlage der Immigration steckt damit die Eckpunkte der Integration in den deutschen Rechtsstaat und Arbeitsmarkt ab. Darauf basierend formuliert die Integrationspolitik, inwieweit die Inklusion der verschiedenen Immigrantengruppen angestrebt und staatlich gestützt wird.

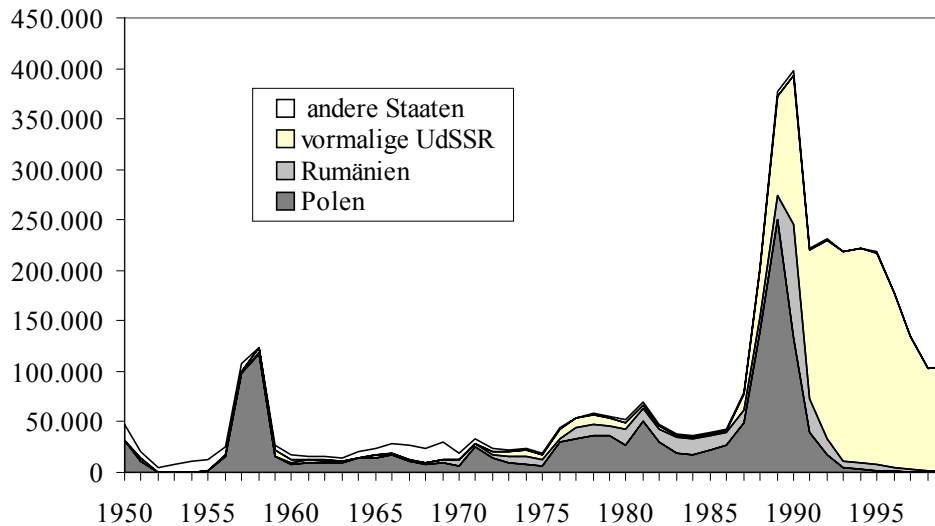
Die Gewährung der Staatsangehörigkeit – als rechtlicher Aspekt der Integrationspolitik – sichert Immigranten bezüglich ihres Aufenthaltsrechtes ab und sie ist eine wesentliche Voraussetzung der vollständigen rechtlichen Gleichstellung mit Einheimischen sowie der politischen Partizipation. Nach der im Januar 2000 eingeführten Reform des Staatsbürgerrechtes können Ausländer nach mindestens achtjährigem rechtmäßigem Aufenthalt und unter Beachtung verschiedener Auflagen die deutsche Staatsbürgerschaft erwerben (*Thränhardt 2000*).² Kinder ausländischer Eltern werden bei Geburt Deutsche, wenn ein Elternteil seit mindestens acht Jahren ununterbrochen in Deutschland lebt. Damit hat die Bundesrepublik Deutschland in Fragen der Staatsbürgerschaft, die bislang auf dem Gedanken der Abstammungsgemeinschaft (*ius sanguinis*) basierte, Elemente des Territorialprinzips (*ius soli*) eingeführt. Die Einbürgerung von Ausländern wird aber immer noch restriktiver gehandhabt als in Staaten, die sich traditionell dem *ius soli* verpflichtet fühlen (z.B. USA und Frankreich). Die im internationalen Vergleich geringe Einbürgerungsrate in Deutschland ist maßgeblich auf die restriktive Einbürgerungspolitik zurückzuführen (*Brubaker 1992*).³

¹ Im Verlauf der neunziger Jahre wurden die Aufnahmemodalitäten für Aussiedler deutlich verschärft. Das Aufnahmeverfahren muss nun vom Herkunftsland aus beantragt werden, die Antragsteller haben einen deutschen Sprachtest zu bestehen und bis auf die Aussiedler aus der vormaligen Sowjetunion müssen alle Antragsteller individuell nachweisen, dass sie in ihrem Herkunftsland aus ethnischen Gründen diskriminiert wurden.

² Vorher konnten Ausländer erst nach 15 Jahren ununterbrochenen Aufenthalts in Deutschland deutsche Staatsbürger werden.

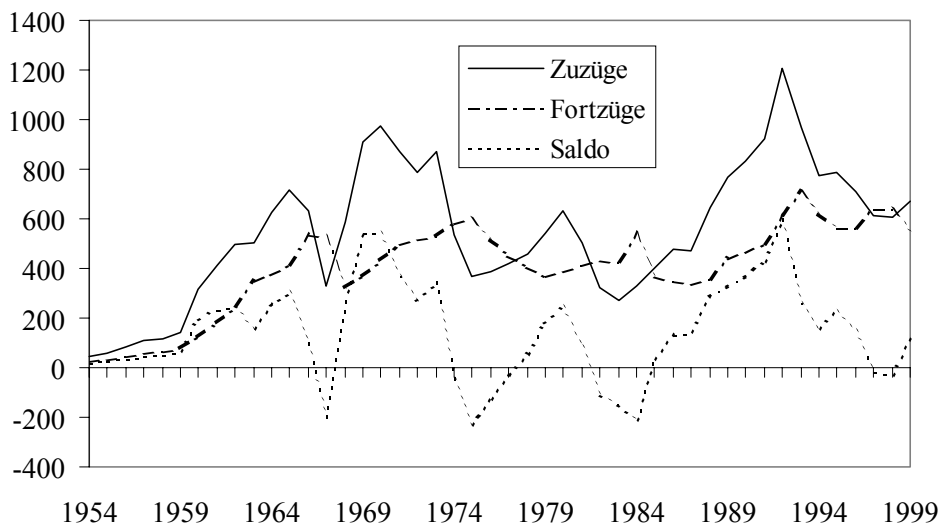
³ Die Einbürgerungsrate lag bis zum Jahr 1993, der ersten Reform des Staatsbürgerschaftsrechtes, unter einem Prozent. In den folgenden Jahren nahm die Einbürgerungsrate zu und betrug im Jahr 1999 1,9% (Statistisches Bundesamt).

Abbildung 1: Die Zuwanderung von Aussiedlern nach Deutschland (1950-1999)



Quelle: Bundesverwaltungsamt

Abbildung 2: Zuzüge und Fortzüge von Ausländern und Wanderungssaldo für Deutschland (1954-1999)



Quelle: Statistisches Bundesamt

Die Rolle des Staates bei der wirtschaftlichen Integration von Migranten manifestiert sich in der Festlegung der Arbeitsmarktkonditionen, der sozialstaatlichen Absicherung und der Bereitstellung von öffentlich finanzierten Fördermaßnahmen (z.B. berufliche Bildung und Weiterbildung). In Deutschland setzten die Gewerkschaften die Gleichstellung der zugewanderten Beschäftigten in Arbeitsmarkt und Sozialstaat bereits zu

Beginn der fünfziger Jahre durch. Wenn nicht durch zwischenstaatliche Regelungen anderes vereinbart wird (z.B. bei Werkvertragsarbeitnehmern), gelten für Einheimische und Ausländer mit sicherem Aufenthaltsstatus nahezu gleiche Bedingungen in Arbeitsmarkt und sozialem Sicherungssystem (Heinelt/Lohmann 1992, S. 20; Vogel 1996, S. 48). Somit stützt sich die arbeits- und sozialrechtliche Inklusion von Migranten in Deutschland auf das Territorialprinzip und ist weniger restriktiven Bedingungen unterworfen als die staatsrechtliche Integration (Santel/Hollifield 1998, S. 126).

Direkte staatliche Hilfen können die wirtschaftliche Integration von Migranten in erheblichem Maße absichern. Dies macht die Integration von Aussiedlern deutlich, die durch ein Spektrum staatlicher Fördermaßnahmen unterstützt wurde. Im Verlauf der neunziger Jahre beschränkte der Staat zwar die Anspruchsrechte der Aussiedler in einer politischen Entscheidung, die die Privilegierung dieser Zuwanderungsgruppe reduzieren, und zur Entlastung des Wohlfahrtsstaates beitragen sollte (Bommes 1996, S. 239). Trotz starker Kürzungen im Bereich der wirtschaftlichen Fördermaßnahmen können Aussiedler jedoch noch immer auf eine Reihe staatlicher Unterstützungsleistungen zählen. Im wesentlichen sind dies Sprachförderung, Eingliederungshilfe⁴, spezifische Hilfen zur Arbeitsmarktintegration, Aufnahme in die Rentenversicherung, Beschleunigung und Vereinfachung der Anerkennung von Ausbildungsgängen und Befähigungsnachweisen, Hilfen zur Gründung selbständiger Existenzen und besondere Maßnahmen zur schulischen und beruflichen Integration jugendlicher Aussiedler.

Die Integration ausländischer Beschäftigter in den Arbeitsmarkt und deren wirtschaftliche Sicherung verläuft in Deutschland weitgehend ohne eine – für diese Gruppe spezifisch zugeschnittene – staatliche Unterstützung. Ausländische Beschäftigte können jedoch zu gleichen Bedingungen wie deutsche Arbeitnehmer an arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen z.B. zur beruflichen Qualifizierung teilnehmen. Nach den bisherigen Erfahrungen partizipieren Ausländer aufgrund von Sprach- und Bildungsdefiziten unterdurchschnittlich an diesen Angeboten (Werner/Seifert 1994, S. 129).

3. ARBEITSMARKTINTEGRATION, STATUS UND HERKUNFTSLANDSPEZIFIK: EMPIRISCHE BEFUNDE

In der Migrationsliteratur nimmt der Begriff Integration, der in zahlreichen Studien verwendet wird, einen zentralen Stellenwert ein. Eine allseits akzeptierte Definition liegt jedoch nicht vor, was nicht zuletzt damit zusammenhängt, dass die Frage der Integration von Migranten unter anderem auch von wirtschafts- bzw. gesellschaftspolitischen Wertvorstellungen beeinflusst wird. So stellt beispielsweise eine Gesellschaft, die kulturelle Pluralität unterstützt einen anderen Integrationskontext dar, als eine, die auf kulturelle Assimilation setzt. Dennoch besteht ein gewisser Konsens darin, dass Integration bzw. Integrationserfolge daran bemessen werden können, inwieweit Zuwanderer am Arbeitsmarkt und in gesellschaftlichen Bereichen des Aufnahmelandes – entsprechend

⁴ Arbeitslose Aussiedler, die im Herkunftsland bereits gearbeitet haben, können bis zu sechs Monate eine pauschalierte Unterstützung zum Lebensunterhalt bekommen.

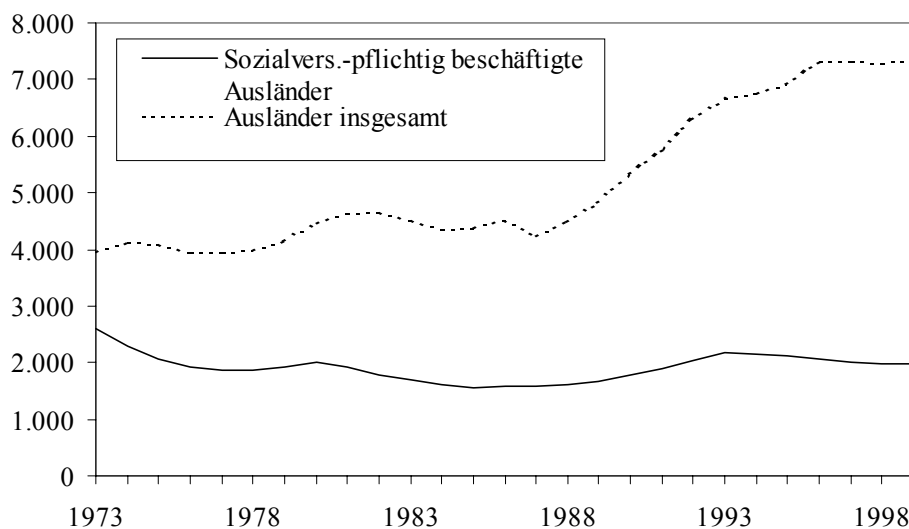
ihrer Vorstellungen und Voraussetzungen – partizipieren können.⁵ Dies schließt ein, dass Immigranten in Wirtschaft und Gesellschaft keine Diskriminierung aufgrund ihres Migrationshintergrundes erfahren.⁶

Wesentliche Fragestellungen zur Bewertung der Integration von Immigranten in den Arbeitsmarkt sind daher, ob Zuwanderer Einkommen erzielen, die denjenigen vergleichbarer Einheimischer entsprechen und ob vergleichbare Risiken der Arbeitslosigkeit bei zugewanderten und einheimischen Beschäftigten bestehen. Weiterhin ist von Bedeutung, welche Bestimmungsfaktoren auf die Einkommen und die Beschäftigung der Immigranten Einfluss nehmen und ob hier herkunftslandspezifische Unterschiede festzustellen sind.

Die Arbeitsmarktintegration von Ausländern

Ein Blick auf die Beschäftigtenstatistik zeigt, dass die Zahl der sozialversicherungspflichtig beschäftigten Ausländer in Westdeutschland – bei einem Anstieg der Ausländerpopulation von 6,9 auf 7,3 Millionen zwischen 1995 und 1996 und einem darauffolgenden Stagnieren – seit 1995 leicht zurückgeht.

Abbildung 3: Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Ausländer und ausländische Bevölkerung in Westdeutschland (1973-1999, in Tsd.)



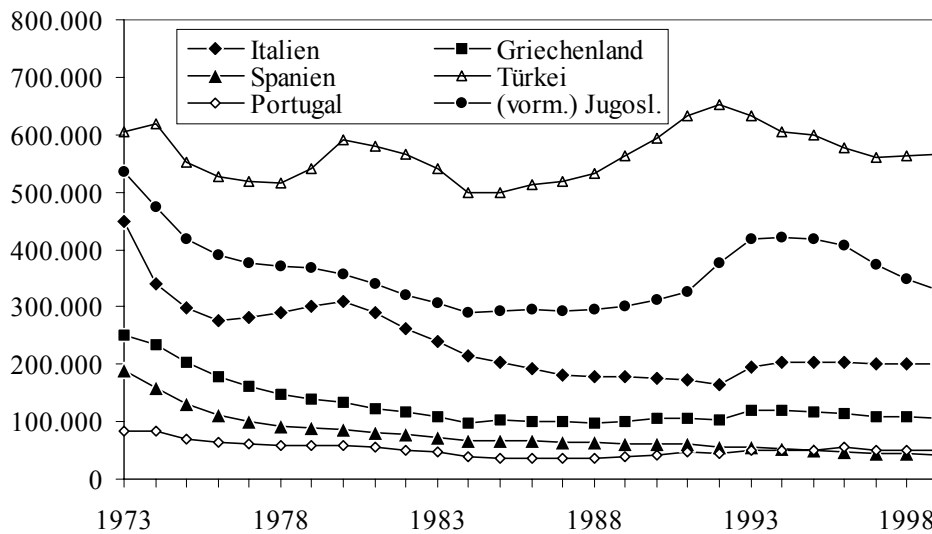
Quelle: Bundesanstalt für Arbeit

⁵ Eine Diskussion der Literatur zur Integration von Immigranten findet sich bei Alba und Nee (1997). Die Integration von Zuwanderern in den Arbeitsmarkt wird bei Bauer/Lofstrom/Zimmermann (2000) dargestellt. Für eine soziologische Diskussion des Integrationsbegriffes bei Arbeitsmigranten in Deutschland vgl. Esser (1981).

⁶ Ich danke Professor Burda für Hinweise zu diesem Abschnitt.

Nahezu zwei Drittel der beschäftigten Ausländer in den neunziger Jahren stammen aus den vormaligen Anwerbeländern, die meisten davon aus der Türkei und aus dem ehemaligen Jugoslawien. Die Zunahme der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten aus dem vormaligen Jugoslawien zu Beginn der neunziger Jahre ist in erster Linie auf die Fluchtmigration in Folge des Krieges zurückzuführen.

Abbildung 4: Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Ausländer in Westdeutschland nach Staatsangehörigkeit (1973-1999)



Quelle: Bundesanstalt für Arbeit

Ein Vergleich der Ausbildungssituation der sozialversicherungspflichtig beschäftigten Ausländer und Deutschen weist in zwei ausgewählten Jahren – 1980 und 1999 – auf erhebliche Differenzen zwischen diesen beiden Gruppen hin.⁷ Über die Jahre hinweg fand zwar eine Zunahme der Bildung der ausländischen Beschäftigten statt, eine Angleichung an die Position der Deutschen zeichnet sich allerdings nicht ab. Es ist davon auszugehen, dass vor allem die zweite Generation der Arbeitsmigranten zum Anstieg der höheren Bildungsabschlüsse im Jahr 1999 beigetragen hat.⁸

⁷ Die Beschäftigtenstatistik Westdeutschlands erfasst verschiedene Angaben zu sozialversicherungspflichtig Beschäftigten jeweils für den 30. Juni eines jeden Jahres. Da die Angaben zur Ausbildung und der beruflichen Position von Deutschen und Ausländern (differenziert nach Herkunftsländern) nicht allgemein zugänglich sind, werden sie hier nach Bender et al. (2000) zitiert.

⁸ Untersuchungen zur Bildung der zweiten Migrantengeneration in Deutschland zeigen, dass diese erheblich unter der Bildung vergleichbarer Deutscher liegt (Alba et al. 1994, Wagner et al. 1998). Die Bildung der zweiten Migrantengeneration übertrifft jedoch die ihrer Eltern und die Unterschiede zwischen Ausländern und Deutschen nehmen im Zeitverlauf ab (Gang/Zimmermann 2000).

Tab. 1: Bildungsabschlüsse sozialversicherungspflichtig beschäftigter Deutscher und Ausländer nach Staatsangehörigkeit und Geschlecht (1980 und 1999, in %)

	Männer				Frauen			
	Keine Ausbildung	Haupt-/Real- schule ohne Berufs- ausbildung	Haupt-/Real- schule mit Berufs- ausbildung	Abitur	Keine Ausbildung	Haupt-/Real- schule ohne Berufs- ausbildung	Haupt-/Real- schule mit Berufs- ausbildung	Abitur
1980								
Deutschland	5	25	63	7	6	38	53	4
Türkei	20	64	15	1	20	74	5	1
Jugoslawien	15	41	42	1	14	71	14	1
Italien	15	61	23	1	14	75	10	1
Griechenland	14	64	18	3	17	75	7	1
Spanien	15	59	24	2	14	73	12	1
Portugal	22	60	18	1	18	74	8	1
1999								
Deutschland	9	15	61	15	10	17	61	12
Türkei	21	50	27	2	23	51	23	3
vorm. Jugosl.	21	37	40	2	20	48	29	3
Italien	22	43	32	3	22	45	28	5
Griechenland	23	46	25	5	23	51	20	6
Spanien	15	37	40	8	17	36	34	13
Portugal	28	42	29	2	28	46	23	4

Quelle: Beschäftigtenstatistik, zitiert nach Bender et al. (2000)

Die Bildungssituation der ausländischen Beschäftigten differiert merklich in Bezug auf die Herkunftsländer: Erwerbstätige aus der Türkei hatten im Jahr 1980 den niedrigsten, diejenigen aus Jugoslawien den höchsten Bildungsstand. Im Jahr 1999 wiesen dagegen die Erwerbstätigen aus Spanien, die im Jahr 1980 noch an zweiter Stelle lagen, die höchste Bildung auf. Für diesen Positionswechsel sind die Fluchtmigrationen aus dem zerfallenden Jugoslawien in den neunziger Jahren verantwortlich, durch die weniger gut ausgebildete Personen einreisten.

Nicht nur die Bildungsabschlüsse, sondern auch die berufliche Stellung der Arbeitsmigranten in den beiden Vergleichsjahren reflektiert noch immer die ursprünglichen Anforderungen aus der Anwerbezeit, als überwiegend einfache Arbeiter ohne besondere Qualifikation nachgefragt wurden.

Sowohl 1980 als auch 1999 sind die meisten ausländischen Beschäftigten aus den ehemaligen Anwerbeländern als un- oder angelernte Arbeiter tätig. Der Anteil der einfachen Arbeiter ging zwischen 1980 und 1999 bei den Beschäftigten aller Anwerbeländer – mit Ausnahme des vormaligen Jugoslawiens – zurück, ein Aufschließen an die beruflichen Positionen der deutschen Arbeitnehmer konnte jedoch nicht erreicht werden. Wie bei der Bildung sind bei der beruflichen Stellung der Migranten herkunftslandspezifische Unterschiede festzustellen. Während beispielsweise bei den männlichen Erwerbs-

tätigen aus der Türkei zwischen 1980 und 1999 die Mobilität von un- oder angelernten Arbeitern zu Facharbeitern und Angestellten gering war, ging der Anteil von un- oder angelernten Arbeitern bei den Beschäftigten aus Spanien deutlich zurück und der Anteil der Angestellten stieg. Bei den weiblichen Erwerbstätigen aus den vormaligen Anwerbeländern lässt sich zwischen 1980 und 1999 eine höhere Mobilität hin zu Angestelltenberufen erkennen als bei den männlichen ausländischen und bei den weiblichen deutschen Beschäftigten.

Tab. 2: Berufliche Stellung sozialversicherungspflichtig beschäftigter Deutscher und Ausländer nach Staatsangehörigkeit und Geschlecht (1980 und 1999, in %)

	Männer			Frauen		
	Un- oder angelernte Arbeiter	Facharbeiter	Angestellte	Un- oder angelernte Arbeiter	Facharbeiter	Angestellte
1980						
Deutschland	24	41	34	26	8	66
Türkei	76	22	2	91	5	4
Jugoslawien	50	46	3	83	7	9
Italien	72	25	4	86	7	8
Griechenland	74	21	5	89	6	5
Spanien	65	30	5	83	7	10
Portugal	72	26	2	86	9	5
1999						
Deutschland	25	31	44	20	4	76
Türkei	71	23	6	70	5	25
vorm. Jugosl.	57	35	8	64	6	31
Italien	63	27	11	61	6	32
Griechenland	70	19	11	72	5	24
Spanien	49	30	21	46	5	49
Portugal	67	26	7	70	6	24

Quelle: Beschäftigtenstatistik, zitiert nach Bender et al. (2000)

Einkommensposition und soziale Integration

Die Einkommensposition von zugewanderten und einheimischen Beschäftigten wurde in einer Reihe für Deutschland vorliegender Studien im Rahmen der Humankapitaltheo-

rie behandelt.⁹ Dabei steht die Frage im Mittelpunkt, ob die Immigranten ihr mitgebrachtes Humankapital am Arbeitsmarkt des Aufnahmelandes umsetzen können und ob es ihnen im Laufe der Zeit gelingt, mögliche anfängliche Einkommensnachteile im Vergleich zu Einheimischen durch aufnahmelandsspezifische Investitionen in ihr Humankapital auszugleichen. Es wird angenommen, dass Einkommensunterschiede zwischen Einheimischen und Zuwanderern umso geringer sind, je besser das individuelle Humankapital des Migranten am Arbeitsmarkt des Zuwanderungslandes genutzt werden kann. Je ähnlicher sich Herkunfts- und Aufnahmeland bezüglich Sprache, Ausbildung, institutioneller Bedingungen des Arbeitsmarktes und wirtschaftlicher Systemkomponenten sind, desto eher wird eine Übertragbarkeit des Humankapitals vermutet. Weiterhin wird davon ausgegangen, dass Immigranten bei entsprechenden Einkommensnachteilen einen starken Anreiz haben, in aufnahmelandsspezifisches Humankapital zu investieren, um im Laufe der Zeit ihre Position zu verbessern. Dies würde mit zunehmender Aufenthaltsdauer zu einer Annäherung der Einkommen von Immigranten und Einheimischen führen.

Die meisten der für Deutschland vorliegenden empirischen Untersuchungen zur Einkommensposition von Arbeitsmigranten aus den vormaligen Anwerbeländern und Einheimischen stellen zunächst anfängliche Einkommensunterschiede zwischen diesen beiden Gruppen fest.¹⁰ Die geschätzte Einkommensdifferenz nimmt dabei Werte von 13% bis 19% (*Dustmann 1993*), 20% (*Schmidt 1997*) und um die 25% (*Pischke 1992*) an.¹¹ Die Hypothese der Einkommensangleichung im Laufe der Zeit wird jedoch in diesen Analysen nicht bestätigt.¹²

In den Erklärungen, warum die Einkommen der Migranten unter denen der Einheimischen bleiben, werden verschiedene Argumente vorgebracht. *Dustmann (1993)* sieht im (ursprünglich) temporären Charakter der Arbeitsmigration und dem dadurch bedingten geringen Anreiz für Zuwanderer, aufnahmelandsspezifisches Humankapital zu erwerben, den wesentlichen Grund für die andauernden Einkommensdifferenzen.¹³ Andere Untersuchungen stellen die Unterschiede bei Einheimischen und Ausländern in bezug auf berufliche Positionen und Bildung als Erklärungsfaktor heraus. Einkommensanalysen,

⁹ Die Anwendung der Theorie des Humankapitals auf Integrationszusammenhänge geht auf Chiswick (1978) zurück.

¹⁰ Die meisten Einkommenschätzungen nutzen die Daten des Sozioökonomischen Panels (SOEP). Das SOEP wird seit 1984 jährlich durchgeführt. Es enthält ca. 6000 Haushalte, von denen etwa 1600 einen ausländischen Haushaltvorstand haben (Wagner et al. 1991). In die Befragung wurden ausländische Haushalte aus fünf der wichtigsten vormaligen Anwerbeländer (Türkei, Spanien, Griechenland, Italien und Jugoslawien) einbezogen.

¹¹ *Dustmann (1993)* und *Schmidt (1997)* stützen sich auf die Welle 1 (1984) des Sozioökonomischen Panels, *Pischke (1992)* nutzt die ersten 6 Wellen des SOEP.

¹² Ein grundsätzliches Problem für alle erwähnten Studien auf der Basis des Sozioökonomischen Panels ist, dass die befragten Arbeitsmigranten bereits sehr lange in Deutschland sind. Anfängliche Einkommensdifferenzen und Einkommensanpassungen lassen sich deshalb nur bedingt identifizieren.

¹³ Kritisch wurde gegen diese Analyse vorgebracht, dass die berufliche Stellung der ausländischen und einheimischen Beschäftigten nicht kontrolliert wurde. Der Anteil an Angestellten ist bei einheimischen Beschäftigten sehr viel höher als bei Ausländern (*Schmidt 1997*).

die nur un- oder angelernte Arbeiter unter den einheimischen und zugewanderten Beschäftigten einbeziehen oder die im Hinblick auf die Ausbildung und die berufliche Position der ausländischen und einheimischen Beschäftigten kontrolliert werden, finden kaum noch anfängliche Einkommensunterschiede und die Einkommensposition der ausländischen Beschäftigten bleibt im Zeitverlauf stabil (*Pischke 1992, Schmidt 1997*). Dies legt nahe, dass anfängliche und fortwährende Einkommensunterschiede zwischen der Gesamtheit der ausländischen und deutschen Beschäftigten vornehmlich auf die andauernden Differenzen in der Ausbildung und der beruflichen Position der beiden Gruppen zurückzuführen sind.

Eine deskriptive Auswertung der Daten des Sozioökonomischen Panels kommt zu ähnlichen Ergebnissen. Danach liegen die Einkommen ausländischer Beschäftigter aus den vormaligen Anwerbeländern in zwei ausgewählten Vergleichsjahren, 1984 und 1997, jeweils unter dem Einkommen deutscher Arbeitnehmer (*Münz et al. 1999, S. 109*). Eine Annäherung der Einkommen findet im Zeitverlauf nicht statt: der Abstand zwischen den Einkommen vergrößert sich vielmehr von 13% im Jahr 1984 auf 24% im Jahr 1997. Ein Vergleich der Einkommen von Ausländern und Einheimischen nach der Stellung im Beruf, der Branchenzugehörigkeit und der Beschäftigungsposition stellt in beiden Vergleichsjahren kaum Hinweise auf bemerkenswerte Einkommensdifferenzen fest (*Münz et al. 1999*).

Wenn Ausländer weniger als Einheimische verdienen, könnte vermutet werden, dass die Einkommensunterschiede auf Diskriminierungen zurückzuführen sind. Das würde bedeuten, dass ausländische Arbeitnehmer, die über die gleiche Produktivität wie Einheimische verfügen, geringer entlohnt werden. Für die Situation ausländischer Beschäftigter in Deutschland wurde die Möglichkeit der Einkommensdiskriminierung von zwei Arbeiten geprüft (*Diekmann et al. 1993, Velling 1995*).¹⁴ Beide stimmen darin überein, dass von einer bemerkenswerten Einkommensdiskriminierung ausländischer Beschäftigter in Deutschland nicht gesprochen werden kann. Nach den Schätzungen von Diekmann et al. (1993) wurde eine Einkommensdifferenz zwischen Einheimischen und Ausländern von 9% festgestellt, 3,5% davon entfiel auf Einkommensdiskriminierung. Velling (1995) fand eine Einkommensdifferenz von 12,1% mit einem Diskriminierungsanteil von 2,2%.

Welche Faktoren sind es, die die Einkommen ausländischer Beschäftigter bestimmen? Während sich eine in Deutschland absolvierte Schulbildung positiv auf die Einkommenshöhe auswirkt, hat die Schulbildung des Herkunftslandes so gut wie keinen Effekt (*Licht/Steiner 1994*). Es ist allerdings zu berücksichtigen, dass die meisten ausländischen Beschäftigten als un- bzw. angelernte Arbeiter tätig sind, für die eine höhere Schulbildung kaum Auswirkungen auf das Einkommen hat. Eine im Herkunftsland erworbene berufliche Ausbildung trägt zu einer Steigerung des Einkommens bei, die allerdings geringer ausfällt, als die Einkommenseffekte einer in Deutschland erworbenen Berufsausbildung. Dabei erzielt eine in Jugoslawien absolvierte berufliche Ausbildung die höchsten Einkommenseffekte, wogegen die mitgebrachte Berufsbildung aus Spanien

¹⁴ Die Analyse von Diekmann et al. nutzte Daten des Mikrozensus (1985), die von Velling eine Stichprobe der Beschäftigtenstatistik (1989) der Bundesanstalt für Arbeit.

und der Türkei keine Auswirkung auf die Einkommen verspricht (*Pischke 1992*).¹⁵ Dies ist auf die vergleichsweise hohe Qualität der beruflichen Bildung in Jugoslawien vor den Desintegrationsprozessen durch den Bürgerkrieg zurückzuführen, die auch die formalen Anforderungen in Deutschland am ehesten erfüllte. Eine Studie zu herkunftsland-spezifischen Einkommensdifferenzen weist – unter Kontrolle der Bildung, der Sprachkompetenz und der Länge des Aufenthaltes – daraufhin, dass Beschäftigte aus Jugoslawien die vergleichsweise höchsten Einkommen vor Erwerbstätigen aus Italien, Griechenland und der Türkei erzielten, während spanische Arbeitnehmer an der letzten Stelle lagen (*Schmidt 1992*).

Wie zu erwarten, haben gute deutsche Sprachkenntnisse einen positiven Effekt auf die Einkommen der ausländischen Beschäftigten (*Dustmann 1994, Münz et al. 1999, S. 121*).¹⁶ Deutsche Sprachkenntnisse sind nicht nur Eingangsvoraussetzung für eine Reihe besser bezahlter Berufe, sie tragen auch dazu bei, dass Ausländer sich Informationen über den Einstieg in besser bezahlte Positionen beschaffen können. Wenn ausländische Beschäftigte die deutsche Sprache auch schriftlich gut beherrschen, stärkt dies ihre Einkommensposition. Frauen haben einen größeren Einkommengewinn als Männer, wenn sie gute schriftliche Sprachkompetenzen besitzen (*Dustmann 1994*).

Bemerkenswert ist, dass Schätzungen, die einen Indikator der sozialen Integration – hier die Identifikation mit dem Aufnahmeland – berücksichtigen, keinen Einfluss der sozialen Einbindung auf die Einkommensposition der Immigranten feststellen (*Dustmann 1996*).¹⁷ Damit wird ein häufig vorgebrachtes Argument, dass die (erfolgreiche) soziale Integration bzw. die Identifikation mit dem Aufnahmeland die Arbeitsmarktintegration positiv beeinflusst, für ausländische Beschäftigte in Deutschland nicht bestätigt. Auch in traditionellen Einwanderungsländern, beispielsweise den USA, gibt es die Erfahrung, dass sich die ökonomische Integration von Immigrantengruppen nicht notwendig in Abhängigkeit zu deren Identifikation mit dem Aufnahmeland entwickeln (*Portes 1993*).

Arbeitslosigkeit und ihre Ursachen

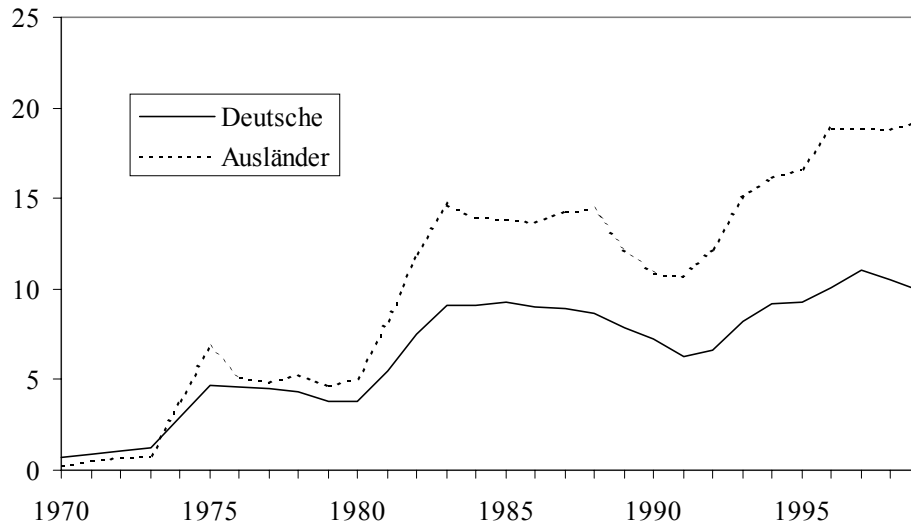
Neben den Einkommen stellt Arbeitslosigkeit und deren Dauer einen wichtigen Indikator zur Integration ausländischer Beschäftigter in den Arbeitsmarkt dar. Erstmals wurde Arbeitslosigkeit unter ausländischen Erwerbspersonen nach der Ölkrise und dem Anwerbestopp im Jahre 1973 zum Thema.

¹⁵ Hier ist zu berücksichtigen, dass im SOEP nur Arbeitsmigranten aus dem vormaligen Jugoslawien berücksichtigt sind, die vor dem Bürgerkrieg kamen.

¹⁶ Allein in der Studie von Licht und Steiner (1994) wurde diese nicht bestätigt.

¹⁷ Dieses Ergebnis wird von Münz et al. (1999, S. 123) bestätigt. In einer multivariaten Analyse der Einkommensposition von Arbeitsmigranten konnte nur ein sehr geringer Einfluss sozialer Einflussfaktoren identifiziert werden.

Abbildung 5: Arbeitslosenquoten von Deutschen und Ausländern in Westdeutschland (1970-1999, in %)



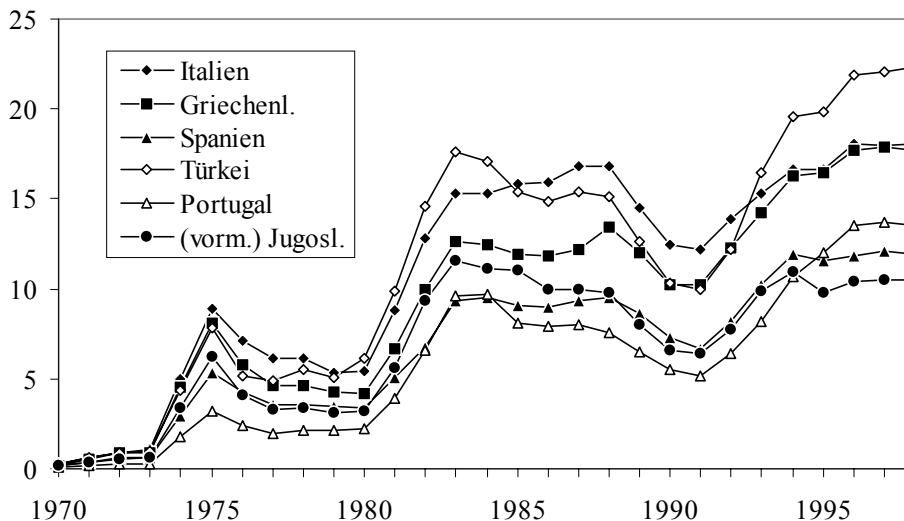
Quelle: Bundesanstalt für Arbeit

Die Arbeitslosenquote der ausländischen Erwerbspersonen liegt seit dem Jahr 1974 über derjenigen der westdeutschen Erwerbspersonen. Im Lauf der Jahre nahm der Abstand zwischen der Arbeitslosenquote ausländischer und einheimischer Erwerbspersonen zu.

In der Erklärung der hohen Ausländerarbeitslosigkeit herrscht soweit Einigkeit, als dafür in erster Linie die Branchen- und Ausbildungsstruktur sowie die berufliche Stellung der ausländischen Beschäftigten verantwortlich gemacht werden (*Bender/Karr 1993, Mehrländer et al. 1996, Hönekopp 2000*). Ausländer konzentrieren sich in bestimmten Wirtschaftszweigen, z.B. im produzierenden und im Baugewerbe, in denen strukturell bedingt eine hohe Arbeitslosigkeit vorherrscht. Zudem haben sie – wie bereits gezeigt – eine im Vergleich zu deutschen Erwerbspersonen geringere Ausbildung und sind sehr viel häufiger als diese als un- oder angelernte Arbeiter tätig. Beide Faktoren erhöhen das Arbeitslosigkeitsrisiko. Im Bezug auf die Dauer der Arbeitslosigkeit werden bei Ausländern längere Phasen ohne Beschäftigung festgestellt als bei Deutschen (*Bender/Karr 1993, Münz et al. 1999*).

Die Arbeitslosenquoten von Ausländern verschiedener Herkunftsländer differieren deutlich. Erwerbspersonen aus der Türkei, Griechenland und Italien haben eine hohe Arbeitslosenquote zu verzeichnen, während Erwerbspersonen aus dem (vormaligen) Jugoslawien, Spanien und Portugal eine vergleichsweise günstige Position einnehmen.

Abbildung 6: Arbeitslosenquoten von Ausländern in Westdeutschland nach Staatsangehörigkeit (1970-1998, in %)



Quelle: Bundesanstalt für Arbeit

In einer multivariaten Analyse wurde versucht, die Unterschiede in den Arbeitslosenquoten bezogen auf die verschiedenen Herkunftsländer zu erklären (Bender/Karr 1993).¹⁸ Es blieben nationalitätenspezifische Unterschiede – mit vergleichsweise geringerem Arbeitslosigkeitsrisiko bei Portugiesen, Jugoslawen und Spaniern und höherem bei Türken, Griechen und Italienern – bestehen, obschon die Faktoren Geschlecht, Region, Qualifikation, Alter und Beruf kontrolliert wurden. Damit kommt die unterschiedliche Zusammensetzung der jeweiligen nationalen Gruppen in bezug auf diese genannten Merkmale nicht als Erklärungsfaktor der differierenden Arbeitslosigkeit in Frage. Da sich an der Nationalitätenzugehörigkeit eine Reihe wichtiger Faktoren für die Arbeitsmarktintegration festmachen, die hier nicht beobachtet wurden, z.B. die Aufenthaltsdauer, die Schulbildung, die Rückkehrmotivation, die sprachliche und alltagskulturelle Kompetenz, die Einbindung in Migrantennetzwerke und die Einstellung der einheimischen Bevölkerung zur jeweiligen Immigrantengruppe, ist zu vermuten, dass diese Faktoren zur Erklärung der Arbeitslosigkeitsdifferenzen beitragen können.

¹⁸ Der Untersuchung liegen die Beschäftigtenstatistik 6/1991 und die Arbeitslosenstatistik 9/1991 zugrunde.

Die Arbeitsmarktintegration von Aussiedlern

Wird nun die Integration von Aussiedlern in den Arbeitsmarkt beleuchtet, dann sind im Vergleich zu Arbeitsmigranten einige Spezifika dieser Gruppe festzuhalten.¹⁹ Die Aussiedlermigration ist typischerweise eine Wanderungsbewegung, die die ganze Familie einschließt. Rückkehroptionen halten sich Aussiedler nur in Ausnahmefällen offen. Obschon wirtschaftliche Motive bei der Zuwanderung von Aussiedlern von großer Bedeutung sind, spielen daneben familiäre, ethnische und politische Ausreisegründe eine wichtige Rolle (*Seifert 1996a, Dietz 1998*). Das Ausbildungsniveau der Aussiedler liegt über dem der Arbeitsmigranten aus den vormaligen Anwerbeländern (*Münz et al. 1999, 138*). Allerdings ist die schulische und berufliche Bildung durch das (post)sozialistische System der Herkunftsländer geprägt. In nahezu allen Fällen kommen Aussiedler ohne einen Arbeitsvertrag nach Deutschland, haben aber unmittelbar nach ihrer Anerkennung freien Zugang zum Arbeitsmarkt. In ihrer Migrationsgeschichte und dem politisch/ökonomischen Kontext der Herkunftsstaaten sind sie am ehesten Übersiedlern vergleichbar. Dies hat eine Reihe von Studien veranlasst, die Einkommenssituation und die Arbeitsmarktposition von Übersiedlern und Aussiedlern im Vergleich zu bewerten.²⁰

Einkommenssituation und soziale Integration

Eine empirische Analyse der Einkommen von Aus- und Übersiedlern kommt auf der Basis des Sozioökonomischen Panels zu dem Ergebnis, dass zwischen diesen beiden Zuwanderergruppen so gut wie keine anfänglichen Einkommensunterschiede auszumachen sind (*Bauer/Zimmermann 1995, 1997*). Zudem wird festgestellt, dass die Einkommen der Aussiedler schneller als die der Übersiedler steigen. Eine deskriptive Auswertung des Sozioökonomischen Panel (1998) findet Aussiedler im Vergleich zu Einheimischen jedoch in einer ungünstigen Position: sie verdienen ca. 25% weniger als einheimische Beschäftigte und sind zu einem größeren Teil in einfachen Berufen beschäftigt (*Kreyenfeld/Konietzka 2001*).²¹

Eine Analyse der Einkommensdeterminanten weist bei Aussiedlern auf typische Zusammenhänge, aber auch auf einige Besonderheiten hin. Zwar ist bei Aussiedlern eine positive Verknüpfung von beruflicher Qualifikation und Einkommenshöhe festzustellen, diese wirkt sich aber nur dann aus, wenn die Aussiedler in ihren Ausbildungsberufen tätig sind (*Kreyenfeld/Konietzka 2001*). Im Gegensatz dazu können Aussiedler, denen es

¹⁹ Dies zeigt sich auch in den offiziellen Statistiken. Während Ausländer in den meisten offiziellen Statistiken identifizierbar sind, werden Aussiedler als deutsche Staatsbürger bis auf wenige Ausnahmen nicht gesondert ausgewiesen.

²⁰ Zudem bietet sich die Referenzgruppe ‚Übersiedler‘ für alle Studien an, die sich auf die Zusatzstichprobe des Sozioökonomischen Panel beziehen. In diese 1994/1995 neu aufgenommenen Stichprobe wurden Aussiedler, Übersiedler und weitere – seit 1984 nach Deutschland gekommene – Immigranten aufgenommen (Vgl. Burkhauser et al. 1996).

²¹ Die Einkommensdifferenzen zwischen Einheimischen und Aussiedlern dürften teilweise auf die einfache Beschäftigungsposition der Aussiedler zurückzuführen sein.

nicht gelingt, wieder in ihrem Beruf Fuß zu fassen, nicht auf positive Einkommenseffekte durch ihre Berufsausbildung zählen. Vor dem Hintergrund, dass zahlreiche Aussiedler nicht entsprechend ihrer Qualifikation arbeiten, ist dies ein bedenklicher Befund. Gerade 41% (50%) der männlichen (weiblichen) Beschäftigten arbeiten nach den Daten des Sozioökonomischen Panel (1998) in den Berufen für die sie ausgebildet worden waren.²² Wie zu vermuten, wirken sich sehr gute und gute deutsche Sprachkenntnisse positiv auf die Einkommen aus (Koller 1997). Gute deutsche Sprachkompetenzen sind bei Aussiedlern nicht mehr selbstverständlich, da sie durch den Minderheitenstatus und die fortschreitende Assimilation in den Herkunftsländern die deutsche Sprache weitgehend verloren haben. Sind Aussiedler in Migrantennetzwerke eingebunden, dann können sie ebenfalls mit positiven Einkommenseffekten rechnen (Bauer/Zimmermann 1997). Außerdem zeigen alle vorliegenden Einkommenschätzungen, dass männliche Aussiedler ein signifikant höheres Einkommen beziehen als weibliche (Koller 1997, 1998; Schulz/Seiring 1994; Bauer/Zimmermann 1997).

Wird nach dem Einfluss der sozialen Integration – gemessen an der Identifikation mit dem Aufnahmeland – auf die Einkommen von Aussiedlern gefragt, dann ergibt sich eine positive Verknüpfung: Aussiedler, die sich als Deutsche fühlen, erzielen ein höheres Einkommen als diejenigen, die dies nicht tun (Bauer/Dietz 2000). Im Falle der Aussiedler scheint zu gelten, dass soziale Integration einen positiven Einfluss auf die wirtschaftliche Integration – hier gemessen an der Einkommenshöhe – hat, was für Arbeitsmigranten in Deutschland nicht nachzuweisen ist. Das ist im Kontext der Aussiedlermigration zu erklären, in der ethnische Motive (z.B. die Bewahrung der deutschen Identität und die Rückkehr in das Herkunftsland der Vorfahren) zumindest für einen Teil der Aussiedler einen wichtigen Aspekt darstellen. Vor diesem Hintergrund ist anzunehmen, dass Aussiedler, die sich mit der neuen Heimat identifizieren, Eigenschaften mitbringen (z.B. gute deutsche Sprachkenntnisse, eine hohe Motivation zum ökonomischen Erfolg), die sich auf ihre Einkommensposition günstig auswirken.

Arbeitsplatzsuche und Arbeitslosigkeit

Bei der Suche nach einem Arbeitsplatz sind für Aussiedler das Alter, die Sprachkenntnisse, das Geschlecht, die berufliche Qualifikation und der im Herkunftsland ausgeübte Beruf von Bedeutung. Dies zeigt unter anderen eine Umfrage des Instituts für Arbeitsmarkt und Berufsforschung (IAB) mit Aussiedlern, die 1991 einen Deutschkurs absolviert hatten.²³ Danach finden jüngere Aussiedler leichter einen Arbeitsplatz als ältere und auch Aussiedlern mit sehr guten oder guten Deutschkenntnissen gelingt die Ar-

²² Eine zwischen 1992 und 1994 durchgeführte Längsschnittstudie zur beruflichen und sozialen Integration von Aussiedlern zeigt ebenfalls, dass ein beträchtlicher Teil der erwerbstätigen Aussiedler einen beruflichen Abstieg in Kauf nehmen muss. Nach dieser Untersuchung nehmen etwa 40% der männlichen und 70% der weiblichen Aussiedler Arbeitsplätze ein für die sie überqualifiziert sind (Janikowski 1999).

²³ Es handelt sich hier um eine Längsschnittstudie mit 3 Erhebungswellen, die zwischen 1991 und 1993 durchgeführt wurde (Koller 1997).

beitsaufnahme eher. Dass Frauen deutlich größere Schwierigkeiten haben als Männer, einen Arbeitsplatz zu finden, bestätigt auch eine Untersuchung, die sich auf die Daten des Sozioökonomischen Panels bezieht (*Schulz/Seiring 1994*). Aussiedler, die ohne berufliche Ausbildung nach Deutschland kommen, haben geringere Chancen bei der Arbeitssuche als beruflich qualifizierte Aussiedler. Nach den Ergebnissen der IAB Studie sind aber die Vorteile qualifizierter im Vergleich zu unqualifizierten Aussiedlern bei der Arbeitssuche kleiner als die bei entsprechenden Einheimischen (*Koller 1997*). Dies ist darauf zurückzuführen, dass zahlreiche Aussiedler nicht – wie bereits gezeigt wurde – ihrer mitgebrachten Ausbildung entsprechend tätig sind. Für Aussiedler mit Organisations-, Verwaltungs-, Sozial- und Erziehungsberufen gestaltet sich die Suche nach einem Arbeitsplatz sehr viel schwerer als für solche, die einen industriellen oder handwerklichen Beruf erlernt haben (*Koller 1997*). Hier kommt zweifellos die Sprachproblematik zum Tragen, aber auch die begrenzte Möglichkeit in (post)sozialistischen Ländern erworbene Berufsausbildungen in Deutschland umzusetzen. Verschiedene Studien zeigen weiterhin, dass sich die staatlichen Integrationshilfen auf die Arbeitsmarktintegration der Aussiedler positiv auswirkten. (*Klös 1992; Barabas et al. 1992; Zimmermann 1994*).

Die Daten der Arbeitsmarktstatistik – die arbeitslose Aussiedler nur für einen fünfjährigen Zeitraum ausweisen – belegen, dass Arbeitslosigkeit unter Aussiedlern in den neunziger Jahren ein Problem darstellt. Obschon keine Arbeitslosenquoten ausgewiesen werden können zeigen die Zahlen, dass Frauen ein deutlich höheres Arbeitslosigkeitsrisiko als Männer haben (im Jahr 1998 gab es 98 Tausend arbeitslose Aussiedler, 60% davon waren Frauen). Werden die Daten des Sozioökonomischen Panels herangezogen, dann betrug die Arbeitslosenquote im Jahr 1998 18%. Damit lag die Arbeitslosenquote der Aussiedler über derjenigen von einheimischen Deutschen (10,1%), aber unter derjenigen von Ausländern (19,6%).

Empirische Untersuchungen zu den Determinanten von Arbeitslosigkeit unter Aussiedlern (und Übersiedlern) belegen herkunftslandspezifische Risiken der Arbeitslosigkeit. Im Vergleich zu Übersiedlern und Aussiedlern aus Rumänien haben Aussiedler aus der vormaligen Sowjetunion und Polen eine höhere Arbeitslosigkeitswahrscheinlichkeit (*Bauer/Zimmermann 1997*). Dies wird mit der Einbindung in herkunftslandspezifische Migrantennetzwerke erklärt sowie mit herkunftslandspezifischer kultureller und sprachlicher Kompetenz. Seit Jahrzehnten haben Aussiedler aus Polen und der vormaligen Sowjetunion ihre Zuwanderungsschwerpunkte in Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen, wohin auch neue Migranten aus diesen Ländern ziehen. Aussiedler aus Rumänien wandern dagegen überwiegend nach Bayern und Baden-Württemberg, in Bundesländer also, die eine günstigere Arbeitsmarktsituation als Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen aufweisen (*Bauer/Zimmermann 1997*). Zudem haben Aussiedler aus Rumänien zu einem sehr viel höheren Anteil als Aussiedler aus Polen und der vormaligen Sowjetunion im Herkunftsland in geschlossenen deutschen Siedlungsgebieten gelebt und konnten dort in stärkerem Maße die deutsche Sprache bewahren, die eine wichtige Zugangsvoraussetzung für den Arbeitsmarkt ist.

Je länger sich Aussiedler (und Übersiedler) in Deutschland aufhalten, desto geringer wird für sie die Wahrscheinlichkeit, arbeitslos zu werden. Die wachsenden aufnahme-

landbezogenen beruflichen und sprachlichen Fähigkeiten und die zunehmenden Kenntnisse des wirtschaftlichen Systems stärken ihre Arbeitsmarktchancen.

4. AUSBLICK: RISIKEN UND CHANCEN DER INTEGRATION

Die hier vorgestellten Untersuchungen zeigen, dass die Arbeitsmarktintegration von Ausländern und Aussiedlern von einer Reihe von Risikofaktoren begleitet ist. Im Hinblick auf die Einkommensposition lassen sich jedoch kaum Nachteile identifizieren, wenn ausländische Beschäftigte mit Einheimischen gleicher Bildung und beruflicher Stellung verglichen werden. Dies ist auch auf die Bedingungen des deutschen Arbeitsmarktes zurückzuführen, der Löhne stark reguliert und dadurch – legale – Immigranten vor Einkommensnachteilen schützt.

Ausländer aus den vormaligen Anwerbeländern gehören zu einer bereits lange in Deutschland lebenden Zuwanderungsgruppe, die aus eigener und aus der Sicht des Aufnahmelandes zunächst nur temporär nach Deutschland kam. Trotz des langen Aufenthaltes und obschon es bereits eine zweite und dritte Migrantengeneration in Deutschland gibt, sind diese Zuwanderer zu einem sehr viel höheren Anteil in Arbeiterberufen beschäftigt als Einheimische, ihre Bildung bleibt hinter der der Einheimischen zurück und ihr Arbeitslosigkeitsrisiko ist entsprechend höher. Im Kontext der Humankapitaltheorie ist es jedoch plausibel, dass die für geringqualifizierte Arbeiten temporär angeworbenen Migranten allein aufgrund des vermuteten kurzen Zeithorizontes im Zuwanderungsland wenig Anreiz hatten, aufnahmelandsspezifisches Humankapital zu erwerben. Die geringe mitgebrachte Bildung und die Sprachdefizite der Arbeitsmigranten stellten weitere Hemmnisse für Bildungsanstrengungen dar. Bei wenig qualifizierten Arbeitern wird eine zusätzliche Bildungsinvestition zudem kaum belohnt. Zu berücksichtigen ist noch eine spezifische Bedingung des deutschen Arbeitsmarktes, der bei Einstellungen und beim beruflichen Aufstieg starkes Gewicht auf formelle Bildungszertifikate legt und dadurch Migranten tendenziell benachteiligt.

Im Gegensatz zu den ausländischen Arbeitsmigranten haben Aussiedler einen sicheren Aufenthaltsstatus und ihre Zuwanderung ist permanent. Die Integrationsrisiken dieser Zuwandergruppe sind jedoch in einigen Punkten denen der ausländischen Arbeitnehmer vergleichbar. Wie bei ausländischen Arbeitnehmern hemmen sprachliche Defizite die Arbeitsmarktintegration der Aussiedler. Im bezug auf die Einkommensposition und die berufliche Integration besteht das Problem weniger in der geringen Bildung und Ausbildung, als vielmehr in deren Umsetzung. Die Prägung von Bildung, Ausbildung, Berufserfahrung und Alltagskompetenz durch die (post)sozialistischen Herkunftssysteme erschwert die Übertragbarkeit des mitgebrachten Humankapitals. Ebenso wie für Arbeitsmigranten stellen auch für Aussiedler die hohen Anforderungen an formelle Bildungszertifikate eine Barriere der Arbeitsmarktintegration dar. Obschon das Förderprogramm für Aussiedler eine beschleunigte Anerkennung von Bildungsabschlüssen vorsieht, wird in der Anerkennungspraxis ein zu starres Festhalten an deutschen Ausbildungsstandards festgestellt (*Michel/Steinke 1996*). Dies hat vor allem für Aussiedler aus der vormaligen Sowjetunion die Nichtanerkennung von Zertifikaten oder lange Wartezeiten zur Folge.

Untersuchungen zeigen, dass die zweite und dritte Migrantengeneration, aber auch jugendliche Aussiedler in der schulischen und beruflichen Ausbildung (z.B. in der Erzielung von Ausbildungsabschlüssen) weniger erfolgreich sind als Einheimische vergleichbaren Alters. Von daher besteht die Gefahr, dass sich die Integrationsrisiken der Arbeitsmigranten und Aussiedlern fortschreiben.

Welche Schlussfolgerungen sind daraus für die Integrationspolitik zu ziehen? Es ist davon auszugehen, dass Sprachkompetenz sowie schulische und berufliche Bildung Schlüsselfaktoren der Arbeitsmarktintegration sind. Dies gilt für Arbeitsmigranten und deren Kinder ebenso wie für Aussiedler. Eine adäquate Sprachförderung dürfte sich daher positiv auf die Arbeitsmarktintegration auswirken und auch die soziale Integration der Migranten stärken. Berufliche Fort- und Weiterbildung kann dazu beitragen, dass Zuwanderer Wissen für ihr berufliches Fortkommen erwerben oder aber, dass sie wieder in die Berufe kommen, für die sie ausgebildet wurden. Positive Erfahrungen liegen hier sowohl für die Arbeitsmarktintegration von Ausländern als auch von Aussiedlern vor. Bei der schulischen und beruflichen Bildung jugendlicher Ausländer und Aussiedler dürfte es von Bedeutung sein, die mitgebrachten Kompetenzen dieser Gruppen stärker zu berücksichtigen und das Gewicht formeller Bildungszertifikate beim Zugang zu schulischer und beruflicher Bildung zu reduzieren. Im Hinblick auf alle diese integrationspolitischen Maßnahmen liegt ein wesentlicher Aspekt darin, die Motivation und die Eigeninitiative der Migranten aufzugreifen und zu stützen. Dies kann aber nur dann gelingen, wenn Immigranten als Teil der deutschen Gesellschaft akzeptiert werden.

LITERATUR

- Alba, R./Handl, J./Müller, W.* (1994), Ethnische Ungleichheit im deutschen Bildungssystem, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 46 (2), 209-237.
- Alba, R./Nee, V.* (1997), Rethinking Assimilation Theory for a New Era of Immigration, in: International Migration Review, 31 (4), 826-874.
- Bade, K.J.* (1994), Ausländer Aussiedler Asyl – Eine Bestandsaufnahme, München: Beck.
- Barabas, G./Gieseck, A./Heilemann, U./Loeffelholz, H.-D. von* (1992): Gesamtwirtschaftliche Effekte der Zuwanderung 1988 bis 1991, in: RWI-Mitteilungen 2, 1992, 133-155.
- Bauer, T./Zimmermann, K.F.* (1995), Arbeitslosigkeit und Löhne von Aus- und Übersiedlern, in: Steiner, V./Bellmann, L., Hg., Mikroökonomik des Arbeitsmarktes, Beiträge zur Arbeitsmarkt- und Berufsforschung 192, 89-113.
- Bauer, T./Zimmermann, K.F.* (1997), Unemployment and Wages of Ethnic Germans, in: The Quarterly Review of Economics and Finance, 37, 361-377.
- Bauer, T./Dietz, B.* (2000), Ethnic Germans in Germany: Integration into the Society and Labor Market, mimeo IZA, Bonn.
- Bauer, T./Lofstrom, M./Zimmermann, K.F.* (2000), Immigration Policy, Assimilation of Immigrants and Natives' Sentiments towards Immigrants: Evidence from 12 OECD-Countries, IZA Discussion Paper No. 187, IZA, Bonn.
- Bender, S./Karr, W.* (1993), Arbeitslosigkeit von ausländischen Arbeitnehmern, in: Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, 26 (2), 192-204.
- Bender, S./Rürup, B./Seifert, W./Sesselmeier, W.* (2000), Migration und Arbeitsmarkt, in: Bade, K.J./Münz, R., Hg., Migrationsreport 2000, Fakten – Analysen – Perspektiven. Frankfurt a.M.: Campus, 59-83.
- Bommes, M.* (1996), Migration, Nationalstaat und Wohlfahrtsstaat – kommunale Probleme in föderalen Systemen, in: Bade, K.J., Hg., Migration in nationalen Wohlfahrtsstaaten, Osnabrück: Rasch, 213-248.
- Brubaker, W.R.* (1992), The Politics of Citizenship in France and Germany, Cambridge/Mass.-London: Harvard Univ. Press.
- Burkhauser, R. V./Kreyenfeld, M./Wagner, G.G.* (1996), The Immigrant Sample of the German Socio-Economic Panel, Cross-National Studies in Aging Program Project Paper No. 29, All-University Gerontology Center Maxwell School of Citizenship and Public Affairs Syracuse University, Syracuse, New York.
- Chiswick, B.* (1978): Americanization and the Earnings of foreign-born men, in: Journal of Political Economy, 86, 897-921.
- Diekmann, A./Engelhardt, H./Hartmann, P.* (1993), Einkommensungleichheit in der Bundesrepublik Deutschland: Diskriminierung von Frauen und Ausländern?, in: Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, 26 (3), 386-398.
- Dietz, B.* (1998), Zuwanderung und Integration – Aussiedler in Deutschland, in: Tel Aviver Jahrbuch für deutsche Geschichte 1998. Herausgegeben vom Institut für Deutsche Geschichte Universität Tel Aviv. Gerlingen 1998: Bleicher, 445-472.

- Dustmann, C.* (1993), Earnings adjustment of temporary migrants, in: *Journal of Population Economics*, 6, 153-168.
- Dustmann, C.* (1994), Speaking Fluency, Writing Fluency and Earnings of Migrants, in: *Journal of Population Economics*, 7, 133-156.
- Dustmann, C.* (1996), The social assimilation of immigrants, in: *Journal of Population Economics*, 9, 37-54.
- Esser, H.* (1981), Aufenthaltsdauer und die Eingliederung von Wanderern: Zur theoretischen Interpretation soziologischer Variablen", *Zeitschrift für Soziologie* 10 (1), 76-97.
- Gang, I.N./Zimmermann, K.F.* (2000), Is Child like Parent? Educational Attainment and Ethnic Origin, in: *The Journal of Human Resources*, 35 (3), 550-569.
- Heinelt, H./Lohmann, A.* (1992), Immigranten im Wohlfahrtsstaat. Rechtspositionen und Lebensverhältnisse, Opladen: Leske & Budrich.
- Hönekopp, E.* (2000), Ausländer auf dem Arbeitsmarkt in Deutschland, *Personalführung*, 5, 18-25.
- Janikowski, A.* (1999), Berufliche Integration der Aussiedler und Aussiedlerinnen, in: Silbereisen, K./Lantermann, E.-D./Schmitt-Rodermund, E., Hg., *Aussiedler in Deutschland. Akkulturation von Persönlichkeit und Verhalten*, Opladen: Leske+Budrich, 113-142.
- Klös, H.P.* (1992), Integration der Einwanderer aus Ost-/Südosteuropa in den deutschen Arbeitsmarkt, in: *Sozialer Fortschritt*, 11, 261-270.
- Koller, B.* (1997), Aussiedler der großen Zuwanderungswellen – was ist aus ihnen geworden? Sonderdruck aus: *Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung*, 4, 766-789.
- Koller, B.* (1998), Eingliederungsbedingungen und -erfolg der Aussiedlerfrauen im Vergleich zur Situation der Männer, in: *Informationen für die Beratungs- und Vermittlungsdienste der Bundesanstalt für Arbeit*, ibv, 8, 557-577.
- Kreyenfeld, M./Konietzka, D.* (2001), The Transferability of Foreign Educational Credentials – The Case of Ethnic German Migrants in the German Labor Market, Rostock: Max-Planck-Institut für demografische Forschung, Working Paper 2001-002.
- Licht, G./Steiner, V.* (1994), Assimilation, Labor Market Experience, and Earnings Profiles of Temporary and Permanent Immigrant Workers in Germany, in: *International Review of Applied Economics*, 8, 130-156.
- Mehrländer, U./Ascheberg, C./Ueltzhöffer, J.* (1996), Situation der ausländischen Arbeitnehmer und ihrer Familienangehörigen in der Bundesrepublik Deutschland. Eine Studie im Auftrag des Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung. Berlin, Bonn, Mannheim.
- Michel, M./Steinke, J.* (1996), Arbeitsmarktintegration von Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedlern in NRW, Studie im Auftrag des Ministeriums für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen.
- Münz R./Seifert, W./Ulrich, R.* (1999), *Zuwanderung nach Deutschland: Strukturen, Wirkungen, Perspektiven* (2. erw. Auflage) Frankfurt a.M., New York: Campus.
- Pischke, J.-S.* (1992), Assimilation and the Earnings of Guestworkers in Germany, Mannheim: Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW), Discussion Paper 92-17.

- Rotte, R.* (2000), Immigration Control in United Germany: Toward a Broader Scope of National Policies, in: *International Migration Review*, 34 (2), 357-389.
- Santel, B./Hollifield, J.F.* (1998), Erfolgreiche Integrationsmodelle? Zur wirtschaftlichen Situation von Einwanderern in Deutschland und den USA, in: *Bommes, M./Halfmann, J., Hg., Migration in nationalen Wohlfahrtsstaaten*, Osnabrück: Rasch, 123-146.
- Schmidt, C.M.* (1992), Country-Of-Origin Differences in the Earnings of German Immigrants, Munich: University of Munich Discussion Paper 92-29.
- Schmidt, C.M.* (1994), The Economic Performance of Germany's East European Immigrants. München: Münchner Wirtschaftswissenschaftliche Beiträge, Discussion paper 94-09.
- Schmidt, C.M.* (1997), Immigrant Performance in Germany: Labor Earnings of Ethnic German Migrants and Foreign Guest-Workers, in: *The Quarterly Review of Economics and Finance*, 37, 379-397.
- Schmidt, C.M./Zimmermann, K.F.* (1992), Migration Pressure in Germany: Past and Future, in: *K.F. Zimmermann, ed., Migration and Economic Development*, Heidelberg: Springer, 201-230.
- Schulz, E./Seiring, K.* (1994), Analyse der beruflichen Eingliederung deutscher Zuwanderer – Ein Beispiel für die logistische Regressionsanalyse mit SPSS, Berlin: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), Diskussionsbericht Nr. 102.
- Seifert, W.* (1996a), Neue Zuwanderungsgruppen auf dem westdeutschen Arbeitsmarkt: Eine Analyse der Arbeitsmarktchancen von Aussiedlern, ausländischen Zuwanderern und ostdeutschen Übersiedlern, in: *Soziale Welt*, 47 (2), S. 180-201.
- Seifert, W.* (1996b), Occupational and Social Integration of Immigrant Groups in Germany, in: *New Community*, 22, 417-436.
- Thränhardt, D.* (2000), Integration und Staatsangehörigkeitsrecht, in: *Bade, K.J./Münz, R., Hg., Migrationsreport 2000, Fakten – Analysen – Perspektiven*, Frankfurt a.M.: Campus, 141-161.
- Velling, J.* (1995), Wage Discrimination and Occupational Segregation of Foreign Male Workers in Germany, Mannheim: Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW), Discussion Paper 95-04.
- Vogel, D.* (1996), Zuwanderung und Sozialstaat. Fiskalische Effekte der Zuwanderung – ihre Messung und Interpretation. Frankfurt a.M. et al.: Peter Lang.
- Wagner, G.G./Büchel, F./Haisken-DeNew, J.P./Spiess, C. K.* (1998), Education as a Keystone of Integration of Immigrants: Determinants of School Attainment of Immigrant Children in West Germany, in: *Kurthen, H./Filjakowski, J./Wagner, G.G., ed., Immigration, Citizenship, and the Welfare State in Germany and the United States*, London: JAI Press, 35-46.
- Werner, H./Seifert, W.* (1994), Die Integration ausländischer Arbeitnehmer in den Arbeitsmarkt, Nürnberg: Beiträge zur Arbeits- und Berufsforschung.
- Zimmermann, K.F.* (1994), The Labour Market Impact of Immigration, in: *Simon Spencer, ed., Immigration as an Economic Asset. The German Experience*, Stoke-on-Trent.